

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2025 der Stadt Winnenden

-Es gilt das gesprochene Wort -



Stadtrat Thomas Traub sprach für die CDU-Fraktion. Foto: Stadt Winnenden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth, sehr geehrter Herr Bürgermeister Sailer, sehr geehrter Herr Bürgermeister Haas, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

bereits im letzten Jahr haben wir in unserer Stellungnahme zum Haushalt festgestellt, dass die Situation der Kommunen – und so auch der Stadt Winnenden – nicht einfach ist. Die Lage hat sich nochmal deutlich verschärft – sie ist **eigentlich dramatisch**.

Die Aufgaben, die wir als Kommune stemmen müssen und die weiter auf uns zukommen, sind mit der bestehenden Finanzausstattung nicht mehr zu schaffen. Hinzu kommt eine **wirtschaftliche Schwäche in unserem Land**, von der unsere Unternehmen betroffen sind und wodurch direkt unsere Einnahmen negativ beeinflusst sind. Ideen zur Lösung innerhalb unseres eigenen Haushaltes haben wir gemeinsam nicht mehr – insofern ist der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2025 mit seiner mittelfristigen Finanzplanung ein Dokument des Abwartens. Wir ermöglichen damit, begonnene Maßnahmen zu Ende zu bringen und erfüllen noch unsere Pflichtaufgaben. Für viele sinnvolle und notwendige Projekte sind keine Mittel eingestellt. Stellvertretend hierfür sei genannt:

- Kleinturnhallen für die Grundschulen Hungerberg und Schelmenholz
- Sanierung und Ertüchtigung im Rahmen der Schulkindbetreuung Höfen
- Belagserneuerungen in den Seitenstraßen der Marktstraße
- Gestaltungsmittel für mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt usw...

Der **ehemalige Bundespräsident Roman Herzog** hat 1997 in einer bemerkenswerten Rede formuliert „**durch Deutschland muss ein Ruck gehen**“ und dabei alle aufgefordert, von lieb gewordenen Besitzständen Abschied zu nehmen. Ziel war es, Deutschland wirtschaftlich wieder fit zu machen für den europäischen bzw. weltweiten Wettbewerb.

Eine vergleichbare Forderung hat **Gerhard Schröder** in seiner **Rede zur Agenda 2010** im Bundestag 2003 formuliert. Auch damals gab es eine Wachstumsschwäche, ausufernde Sozialleistungen, die zu überhohen Lohnnebenkosten geführt haben. Ergebnis war die Agenda 2010, die ihren Teil für einen nachfolgenden Aufschwung beigetragen hat.

Wir befinden uns wieder in einer vergleichbaren Lage. Die staatlichen Umverteilungsleistungen sind auf einem Höchststand. Die Kosten hierfür belasten die Arbeitseinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie die Kosten der Unternehmen stark. In Zeiten fehlender Fachkräfte führt das zu Produktionseinschränkungen und natürlich zu höheren Stückkosten, die wiederum im globalen Wettbewerb entscheidend sind. Ich glaube, hier muss wieder etwas passieren – es muss ein Ruck durch Deutschland gehen. Arbeit muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden – wir benötigen eine neue Lust zur Leistung, die dann auch mit mehr Wohlstand für den Leistenden belohnt wird.

Die letzten drei Jahre haben auf bundespolitischer Ebene nicht dazu beigetragen, diesen Leistungsgedanken zu fördern oder die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu sichern. Es ist daher gut so, dass im Februar 2025 Neuwahlen stattfinden. Hoffen wir, dass die Wähler dabei erkennen, dass mit einer Stimme für Parteien des linken oder rechten Randes die Klarheit und Stabilität einer zukünftigen Regierung nicht wächst und die Gefahr nicht zielfördernder Kompromisse auch dann wieder vorhanden ist.

Was bedarf es aber noch, damit wir in Deutschland wieder modern und attraktiv werden?

Reduzierung der Bürokratie!

Das ifo-Institut hat ausgerechnet, dass die direkten Bürokratiekosten mittlerweile bei 65 Mrd. EUR liegen – die Kosten durch entgangene Wirtschaftsleistung sogar bei 146 Mrd. EUR. Alle bürokratischen Regelungen haben einen Hintergrund, der gut und richtig gemeint ist. Wir müssen uns in Deutschland aber hinterfragen, ob der Nutzen einer bürokratischen Regelung gegenüber den Nachteilen überwiegt – das ist nach vielen wissenschaftlichen Untersuchungen eben häufig nicht der Fall.

Auf kommunaler Ebene haben wir auch Erfahrung mit überbordenden Regelungen. Im Baubereich sind wir dauernder Kritik von bauwilligen Bürgerinnen und Bürgern ausgesetzt. Die Baugenehmigungen dauern zu lang und Regelungen werden zu kleinlich ausgelegt. Das hemmt sowohl privaten Wohnungsbau wie auch unternehmerische Investitionen. Die

Hoffnung in diesem Bereich liegt auf der digitalen Bauakte, die seit 1. Oktober verpflichtend ist.

Auch in anderen Bereichen muss die Digitalisierung schneller ausgebaut werden. Wir hängen hier richtigerweise an den Entwicklungen des Landes Baden-Württemberg. Es geht aber zu langsam. Wir erhoffen uns für die Zukunft schon, dass wir mit der **Digitalisierung auch eine digitale Rendite** in Form von Kosteneinsparungen bei den Prozessen erzielen können.

Nun aber zurück zu unserem Haushaltsplan 2025. Im Haushaltsquerschnitt ist leicht zu erkennen, wo unsere Aufgabenschwerpunkte liegen und unsere zweckungebundenen Einnahmen (nach Leistungsverrechnung) verwendet werden:

- Mio. EUR 15,7 für Kinder, Jugend und Soziales – hier im Schwerpunkt für **Kindertagesstätten und Kindergärten**
- Mio. EUR 15,3 für **Schulträgeraufgaben**
- Mio. EUR 6,5 für die Unterhaltung unserer Straßen und Wege und die Bereitstellung von Parkraum
- Mio. EUR 4,6 für Sport und Bäder
- Mio. EUR 4,6 für **Kultur und vhs**

Diese Beträge sind ohne die geplanten Investitionen für das Jahr 2025. Hinzu kommt ab 2026 noch der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz hinzu, der uns insbesondere im investiven Bereich stark fordert. Die Grundschulen müssen um notwendige Räumlichkeiten für Mensen und Gruppenräume erweitert werden.

Die Betreuung selbst ist nur dann ein finanzieller Aufwand für die Stadt, wenn diese nicht im Rahmen einer gebundenen Ganztagesesschule erfolgt. Verpflichtende oder freiwillige – und damit flexiblere – **Ganztagesesschulen** - das führt bereits jetzt schon zu vielen Diskussionen mit der Elternschaft. Wir können das nachvollziehen – jahrelang haben wir als CDU uns für Wahlfreiheit für Familien bei der Schulform ausgesprochen. Mittlerweile ist klar erkennbar, dass der Bedarf einer ganztägigen Betreuung auch in den Grundschulen steigt. Wir müssen mehr Angebote für die Ganztagesesschule schaffen und Experten sagen uns, dass bei einer ganztägigen Betreuung pädagogisch klar die gebundene Ganztagesesschule zu bevorzugen sei. Und in diese Richtung erfolgt auch die Steuerung über die Finanzen durch das Land. Bei einer gebundenen Ganztagesesschule ist der finanzielle Aufwand, den die Stadt zu tragen hat, deutlich geringer. Die ungebundene Ganztagesesschule können wir uns mit der derzeitigen Finanzausstattung daher zukünftig kaum mehr leisten – oder die Elternbeiträge müssten enorm steigen.

Flüchtlinge / Illegale Migration

Viel Aufwand – wenn auch nicht finanzieller Aufwand – verursacht der weiterhin hohe Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Er führt zu einer **organisatorischen und**

gesellschaftlichen Überforderung der kommunalen Gemeinschaft. Die Folge ist ein schwindender Zusammenhalt der Gesellschaft verbunden mit Protestwahlen. Die daraus resultierenden Wahlergebnisse machen Lösungen deutlich schwerer, wodurch der Frust bei den Menschen weiter steigt – ein gefährlicher Teufelskreis.

Die Anschlussunterbringung anerkannter Flüchtlinge ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Wenn wir dieser Aufgabe nicht nachkommen, dann übernimmt der Landkreis diese Planungsaufgabe. Das kann niemand wollen. Der Antrag der Bürgerstimme auf **Streichung der Planungsmittel** für die Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Sportplatz Höfen ohne gleichzeitigen Vorschlag alternativer Standorte ist daher **populistisch**.

Ein bloßes Verweigern der kommunalen Aufgabe ist nicht Stil der CDU – wir stehen zu unserem Staatswesen, zu unserem Rechtsstaat und unserer Demokratie. Es ist erlaubt, Interessen politisch anzubringen und zu vertreten, aber immer auf der Ebene, die hierüber auch Entscheidungen treffen kann. Das machen wir als CDU auch über unsere Landes- und Bundesebene. Hier hoffen wir auf Maßnahmen zur deutlichen Einschränkung der illegalen Migration nach der Bundestagswahl im Februar.

Hierzu gehört auch die jetzt in der Einführung befindliche Bezahlkarte für Asylbewerber. Mit dieser wird die Auszahlung der Hilfeleistungen für die Kommunen einfacher und digitaler, die Verwendung der Mittel für grundlegende Bedürfnisse sichergestellt. Insbesondere soll damit verhindert werden, dass Asylbewerberleistungen in das Heimatland bzw. zu Schleppern transferiert werden. Bedenklich sind erste Aktionen von Bürgerinitiativen – unterstützt teilweise von Grünen und SPD – dies zu umgehen und den Asylbewerbern den Gegenwert in bar zur Verfügung zu stellen.

Klimaschutz

Beim Klimaschutz haben wir mit unseren Stadtwerken einen starken Partner, der für viele tolle Projekte zur CO₂-Einsparung in unserer Stadt sorgt. Aktuell geplant ist die Beteiligung am Windpark Hörnle bei Hertmannsweiler. Mit diesem Windpark kann CO₂-neutraler Strom produziert werden und durch die Beteiligung der Stadtwerke auch ein Teil der Erlöse zur Finanzierung anderer Projekte in Winnenden verdient werden. Hier muss klargestellt werden – Windkraft soll ausgebaut werden, das ist ein zentrales Ziel der Bundespolitik im Rahmen der Energiewende. Der Windpark Hörnle – vorausgesetzt die Windmessungen sind positiv – wird kommen, unabhängig davon, ob sich die Stadtwerke beteiligen oder nicht.

Ehrenamt fördern!

Besonders stolz sind wir auf das **vielfältige ehrenamtliche Engagement** in unserer Stadt, das in den zahlreichen Vereinen und Organisationen erbracht wird. Wir freuen uns daher, dass die Förderung auf unseren Antrag bereits zum Haushaltsplan 2024 hin ab 2025 um 20 % angepasst wird.

Lebendige Innenstadt

Unsere Innenstadt funktioniert, sie ist Treffpunkt, Kommunikations- und Einkaufszentrum. Mit dem VAW haben wir einen starken Partner, der Initiativen und Veranstaltungen erfolgreich durchführt. Leider ist es uns derzeit nicht möglich, Maßnahmen für eine Steigerung der Aufenthaltsqualität zu stemmen. Hier müssen innovative Ansätze mit geringen Mitteln gefunden werden.

Starke Teilorte

Ebenso wichtig ist das **Leben in den Teilorten**. In allen Teilorten gibt es Bürgervereine oder Initiativen, die das Leben und das Zusammenkommen vor Ort organisieren und damit die Gemeinschaft, den Zusammenhalt untereinander positiv beeinflussen. Jüngstes Beispiel ist das beeindruckende Engagement nach der Zerstörung des Höfener Bädles in Folge des Hochwassers in Winnenden. Wir sind gespannt, was die vereinbarte Machbarkeitsstudie erbringt und ob sich daraus eine kurz- bis mittelfristige Lösung ableiten lässt. Ebenso erfreut und gespannt sind wir auf das Projekt Backhäusle in Birkmannsweiler – ebenfalls ein Leuchtturmprojekt für Engagement innerhalb eines Teilortes.

Wirtschaft und Unternehmen

Wir haben eine gute Wirtschaftsstruktur in Winnenden. Die Nachfrage nach Grundstücken in unseren Gewerbegebieten zeigt, dass wir für Unternehmen weiterhin attraktiv sind. Die wirtschaftliche Entwicklung ist aber auch hier sichtbar. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gehen zurück. Die Unternehmen tragen aber nicht nur über ihre Gewerbesteuer zur Finanzierung der kommunalen Leistungen bei, sondern bieten auch Arbeitsplätze und damit Wohlstand in unserer Region. Die Unternehmen sind uns wichtig - wir wollen hier weiterhin auch ein verlässlicher Partner sein.

Zusammenfassung

Vielen Dank an alle Mitarbeitenden der Kämmerei für die gute Aufbereitung und Erläuterung des Haushaltsplanes. Wir erkennen an, dass es sicher einer der schwierigsten Haushaltsaufstellungen der letzten Jahre war. Uns bleibt der Trost, dass es nahezu allen Kommunen so geht und es ein strukturelles Problem und nicht ein von uns selbst verursachtes Problem ist. Ebenfalls bedanken wir uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern für ihren großartigen ehrenamtlichen Beitrag, bei den Unternehmen für die Arbeitsplätze und den finanziellen Beitrag.

Vielen Dank auch allen Kolleginnen und Kollegen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit!



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Für die CDU-Fraktion
Thomas Traub